

Auer Tageblatt

Veröffentlichung des Anzeigers
mit der Nummer 111 am 13. Mai 1932
Anzeiger für das Erzgebirge
Verlag: Auer Verlag, Leipzig

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegraphischer Zeitungs-Verlag Leipzig, Leipzig, Reichsstraße 111. Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgeschäfts Aue. Preis: 10 Pfennig. Nummer 111

Nr 111

Freitag, den 13. Mai 1932

27. Jahrgang

Die Tribute sind der Weltfluch

Höhepunkt der Aussprache im Reichstag — Der Kanzler bekräftigt das deutsche Nein!

Der Sitzungserlauf

Auf der Tagesordnung steht zunächst die 2. Beratung des Schuldenentlastungsgesetzes.

Abg. Reinhardt (Natsol.) nennt das Gesetz kümperhaft und widerlich. (Präs. Lohde erwidert dem Redner, daß in keinen Ausdrücken zu mäßigen.) Wer diesem Gesetz zustimmt, der stimmt für eine Verfassungswidrigkeit. Die Begründung der Vorlage enthält grobe Fehler und Unwahrheiten. Der Reichsfinanzminister habe den Räumungsumsatz um 400 Millionen erhöht und damit eine neue Silberinflation geschaffen, ohne daß dadurch neue Werte geschaffen wurden. Diese Finanzpolitik beruhe auf Unwahrheit und Schwindel.

Präsident Lohde ruft den Redner wegen seiner letzten Ausdrücke zur Ordnung.

Reichsjustizminister Joel

bestreitet, daß das Kreditverfahren der Regierung und das neue Gesetz verfassungswidrig seien. Grundlegend sei der Reichspräsident befugt, auf Grund des Artikels 48 alle Maßnahmen zu treffen, die im Wege der ordentlichen Gesetzgebung getroffen werden können. Die ganze Rechtsentwicklung hinsichtlich des Artikels 48 sei noch im Fluße. (Lachen bei den Natsol.) Das ist kein Wunder, solange der Reichstag nicht in der Lage ist, das in der Verfassung vorgesehene Ausführungsgesetz für den Artikel 48 zu bringen. Es wäre auch möglich, durch Notverordnung dem fehlenden Ausführungsgesetz vorzugreifen. Das ist durch verschiedene Notverordnungen schon geschehen, beispielsweise der Verfassungsbekanntmachung gegenüber, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden darf, oder der Freilassungsbekanntmachung gegenüber.

Die dritte Beratung des Gesetzes ist damit beendet. Die Zustimmung wird vom Präsidenten zurückgestellt bis zu den weiteren Bestimmungen.

Hierauf wird

die allgemeine politische Aussprache

fortgesetzt.

Abg. Emminger (B. V.) wendet sich gegen die Bemerkung des Abg. Brüning, daß das Brüning-Kabinett Wirtschaftspolitik treibe. Mit so brutaler Offenheit habe noch kein Reichskanzler und kein Finanzminister dem Volke die Wahrheit gesagt, wie Brüning und Dietrich. Dennoch seien weite Kreise des Volkes sich noch immer nicht über den wahren Ernst der Lage klar. Die Währungsfrage sei nicht nur wirtschaftlicher Natur und jedes Bemühen der Goldwährung würde auch schwere psychologische Erschütterungen in unserem Volke hervorrufen. Ein buntes Kapitel unserer Wirtschaft seien die Forderungen des Kapitals, die zu einem großen Teil im Bereich mit der falschen Nationalisierung die große Wirtschaftsführer nicht das Vertrauen gerechtfertigt, das sie viel-
fach genießen.

Abg. Rippe (Chr. Soj.): Das vom Abg. Brüning vorgelegte nationale Sozialistische Sozial- und Wirtschaftsprogramm enthält viele gute Forderungen, die wir schon vor 20 und mehr Jahren vertreten haben. Es brachte aber auch überalterte Forderungen, die in die heutige Zeit nicht mehr hineinpassen, und schließlich brachte es neue Forderungen, die gut gemeint, aber nicht reiflich durchdacht zu sein scheinen. Das verächtliche Beiseitehelfen der kleinen Parteien steht den Nationalsozialisten schief an, die noch im letzten Reichstag eine Zwölfmännergruppe waren. Sie haben mit Demagogie und bewußten Umwidern gegen andere Christlich-Sozialen Volkswirtschaft gearbeitet, aber wir gehen unbedarft unsern Weg, denn wir glauben an den Sieg der Wahrheit. Die Episode der Danziger Front scheint nicht nur innerlich, sondern auch äußerlich vorüber zu sein. Während die Nationalsozialisten immer vom freien Volkstaat reden, hat Geheimrat Hugenberg einer deutsch-nationalen Landtagsabgeordneten gesagt, das alte preussische Dreiklassen-Wahlrecht müsse wieder eingeführt werden. (Hört! Hört!) Wir lehnen ein so platonisches Wahlrecht ab. Das Kabinett Brüning hat dem deutschen Volke Opfer auferlegt bis zum Weisheitsstunde, und das deutsche Volk hat diese Opfer gebracht in der Erwartung, daß nun endlich die Welt unsere Lage berücksichtigen und den Kurs gegen Deutschland ändern wird. Diese Erwartung ist bisher durch Frankreichs Schuld enttäuscht worden. Der Haupttreiber der sadistischen deutschen Parteien ist Frankreichs unerbittliche Tribut- und Sklavenpolitik. Dieser Politik wird der Reichskanzler in Lausanne das klare deutsche Nein entgegenzusetzen. Entweder Schluß mit der Tributpolitik oder das Chaos ist da. Tief bedauerlich ist es, wenn in dieser Schlüsselmomente Parteimänner die deutsche Abwehr dadurch labotieren wollen, daß sie dem Reichskanzler das Recht zur Vertretung des deutschen Volkes abspitzen.

Wir unterziehen die Regierung solange sie an ihrem Nein festhält und in der Tributfrage jede Kompromißfessel abwirft.

Abg. Dr. Hugo (D.D.P.): Mit den Reparationen muß nun endgültig Schluß gemacht werden, damit die Weltwirtschaft wieder in Ordnung gebracht werden kann. Wir begrüßen die klaren Ausführungen, die der Reichskanzler letzten Sonntag vor der Presse gemacht hat. Wir wollen abwarten, was er in Lausanne und Genf zur Erreichung des von ihm gekennzeichneten Zieles unternehmen kann. Wir freuen uns über das ehrliche Nein, das er in der Tributfrage gesprochen hat. Durch die von Stresemann erzielte Befreiung Deutschlands von feindlicher Besetzung sind die Voraussetzungen für eine erfolgreiche deutsche Außenpolitik gescha-

fen worden. Es hat sich gezeigt, daß sein System des etappenweisen Abbaues der Hemmungen das richtige war und Deutschland mehr genügt hat als das System der Wess- oder Nichtspolitik. In den außenpolitischen Forderungen gibt es jetzt in Deutschland überhaupt keine Gegensätze zwischen den Parteien. Leider wird diese Einmütigkeit aber dem Ausland nicht sichtbar infolge der Maßlosigkeit, mit denen manche Oppositionsparteien auftreten. Wir von der Deutschen Volkspartei haben zum Kabinett in Opposition, aber wir lassen uns dadurch nicht von der einheitlichen außenpolitischen Linie abbringen. Wir meinen,

die Opposition muß so geführt werden, daß man jeden Tag die Verantwortung für das Übernehmen kann, was man in der Opposition vertreten hat.

Die Deutsche Volkspartei hat sich von der Brüning-Regierung trennen müssen, nachdem sie immer mehr die sozialistische Linie zur Richtschnur ihrer Politik gemacht hat. Die großen Städte sind zum größten Teil mit ihren Finanzen am Ende. Wenn diesem Zustand weiter ratenlos zusehen wird, dann bedeutet das ein Verfall der Reichsregierung. Wenn die vom Arbeitsminister geleitete Arbeitsförderung im Bergbau durchgeföhrt wird, dann müssen dort weitere 17 000 Mann abgebaut werden. Wir haben keine Veranlassung, der Regierung das Vertrauen auszusprechen. Wir hoffen, daß die nationalsozialistische Einleitung am das Zentrum, zur Regierung herangeföhrt zu werden, Erfolg hat.

Es ist zu wünschen, daß die Nationalsozialisten, die bisher nur von Ausfluchtspolitik gelebt haben, auch einmal die Verantwortung tragen müssen.

Sie haben zwar bei den letzten Wahlen den Sieg errungen, aber ihre Beherrschung sollen sie erst beweisen.

Abg. Dr. Heuß (Statsp.): Wir haben es begrüßt, daß gesehen der Abg. Ströher den Schiller von dem Panorama der deutschen Zukunft, wie es sich die Nationalsozialisten denken, gezogen hat. Das Ströher'sche Wirtschaftsprogramm der Nationalsozialisten steht auf dem Boden der Autarkie. Wer für Autarkie eintritt, ist bereit, in Deutschland den Hunger zu organisieren, die besten Deutschen zur Auswanderung zu nötigen und auf den besten Rohstoff zu verzichten, den Deutschland hat; auf das Hirn und die Ausbildung der deutschen Menschen, auf die Kunst unserer Ingenieure, die Zuverlässigkeit unserer Arbeitsleistungen, auf die deutsche Qualitätsarbeit. Das neue Denken, das Abg. Ströher als den Inhalt seines Programms bezeichnet, ist in Wirklichkeit ein sehr altes Denken, eine Kombination von deutscher Romantik mit utopischem Sozialismus und Anleihen beim klassischen Liberalismus. Ströher's Kredit- und währungspolitischen Ausführungen liegen Pläne auf Schaffung künstlichen Geldes zu Grunde, die schließlich auf eine neue Inflation hinauslaufen.

Hierauf nahm

Reichskanzler Brüning

das Wort. Er führte dabei u. a. aus:

Ich will hier nur sprechen über die

Reparations- und Währungsfrage

und werde alle weiteren Fragen in den morgigen Beratungen des auswärtigen Ausschusses erörtern. Im Gegensatz zu dem schleppenden Verlauf der fünfjährigen Vorkonferenzen läßt sich feststellen, daß auf der Genfer Währungskonferenz der Wille zur wirklichen Währungsreform stärker zur Geltung kommt. Bei der Aussprache mit den Staatsmännern hat sich auch gezeigt, daß bei den Großmächten eine starke Annäherung an den deutschen Standpunkt zu verzeichnen ist. Es gibt allerdings bei anderen Nationen Auffassungen, die noch zu ernstlichen und schweren Auseinandersetzungen in den nächsten Wochen führen werden. Wir können ihnen mit Ruhe entgegengehen im Vertrauen auf die Gerechtigkeit unserer Sache. Währungs-, Reparations- und Weltfriede können nicht voneinander getrennt werden und sind so wichtig, daß von ihnen aller Vorzusicht noch das Schicksal der Welt für lange Zeit bestimmt werden wird. (Beifall.) In dieser Hinsicht ist die Aufgabe der Währungskonferenz eine Weltaufgabe geworden. Begonnen hat man damit — und zwar in beispiellos praktischen Formen — vor 12 Jahren, als man Deutschland und seine ehemaligen Verbündeten zwangs Einleitung der allgemeinen Währungsreform zur Bewaffnung zwang. (Beifallige Zustimmung.) Nur ist man bei diesem Anfang stehen geblieben ohne daraus die unbedingt notwendigen selbstverständlichen Folgerungen zu ziehen. (Erneute Zu-

Schlägerei im Reichstagsgebäude

Berlin, 12. Mai. Heute mittag kam es im Reichstagsgebäude zu Tumulten und Schlägereien. Bei der vorläufigen Ermittlung ist die Prügelei im Reichstagsrestaurant entstanden. Dort saß der Kapitänleutnant a. D. Klotz, der früher den Nationalsozialisten nahestand und jetzt als Redner sich besonders in Kreisen des Reichsbanners betätigt. Er wurde plötzlich von Nationalsozialisten heftig angegriffen. Klotz und Abgeordnete anderer Parteien brängten die Nationalsozialisten hinaus. Klotz wurde dann in den Wandlungen der Redner erneut von Anhängern der Nationalsozialisten geschlagen.

Mißtrauensanträge gegen das Reichskabinett abgelehnt

Berlin, 12. Mai. Im Reichstag wurden heute Donnerstag die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten gegen das Gesamtkabinett in namentlicher Abstimmung mit 287 gegen 257 Stimmen abgelehnt. (Nach Redaktionschluß eingegangen.)

(Stimmung.) Aus diesem Auslegen des Abfristungsvorgangs und einem sehr vollständigen Einschleifen des Abfristungswillens nach jenem ersten Anlauf ist die ungeheure Disparität der Abfristung entstanden, die zu einer steigenden Spannung der politischen Atmosphäre in der ganzen Welt führt. (Beifallige Zustimmung.) Europa ist heute trotz Entwaffnung Deutschlands und seiner ehemaligen Verbündeten der höchstgefrühteste Kontinent, der im Verhältnis zur Vorkriegszeit nicht nur keine Abfristungsverminderung, sondern im Gegenteil eine Erhöhung der Schlagkraft und Kriegsbereitschaft seiner Heere vorgekommen und seine Abfristungsausgaben fortwährend gesteigert hat. (Sehr wahr! bei der Mehrheit, Rufe bei den Komm.: Trotz des Wessbundes!)

Dieser Zustand kann nicht länger dauern.

Aus diesem Rahmen ergeben sich die deutschen Abfristungsforderungen von selbst. Was wir wollen, ist die allgemeine Abfristung und Wiederherstellung einer Gleichberechtigung. Diese beiden Ziele sind so eng miteinander verbunden, daß sie ein einziges Ziel darstellen: Deutschlands Gleichberechtigung durch allgemeine Abfristung. (Zustimmung bei der Mehrheit, Rufe bei den Komm.: Aufrüstung!) In den einzelnen Ländern hat die Krise ihren verhängnisvollen Fortgang genommen. Wir wollen jetzt nicht nach den Ursachen der Weltkrise suchen, nachdem so viele Regierungskonferenzen dazu stattgefunden haben und die Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen betont worden ist. (Sehr wahr! bei der Reichsparteien.) Man muß jetzt auch über zu Entschleunigungen kommen. Ein britischer Staatsmann, einer der Väter des Verfallenen Vertrages, hat gesagt, daß es vor 10 Jahren noch zu früh für den gesunden Menschenverstand war, sich durchzusetzen, daß er sich aber frage, ob es dazu jetzt nicht schon zu spät ist. Wie lange wollen die Regierung ihre Entschleunigungen hinausschieben, wenn die Warnungen, daß es zu spät werden könnte, nicht zur Wirklichkeit werden sollten!

Die Blinde der Welt sind jetzt auf Lausanne gerichtet.

Die Auffassung der Reichsregierung ist in der Welt bekannt, seit Februar hat sich an ihr nichts geändert. Diese Auffassung hat auch in breitem Maße am Boden gewonnen, auch in den Gläubigerländern.

Eine völlige Streichung der politischen Schulden ist die wichtigste Voraussetzung für die Rettung aus der jetzigen Not, und für einen neuen Aufstieg.

Die Trennung zwischen Schuldner- und Gläubigerländern muß aus der internationalen Politik verschwinden. Erst dann ist der Weg für die Zusammenarbeit zwischen den Völkern frei und wenn alle politischen Schulden gestrichen sind, wird jedes Land reicher sein als vorher. (Zustimmung.) Freilich ist das noch nicht der Standpunkt aller beteiligten Regierungen. Sie geben zum Teil zwar zu, daß Reparationen nicht gezahlt werden können, hoffen aber doch, daß Deutschland nach einigen Jahren die Zahlung wieder aufnimmt oder mindestens noch eine Restzahlung, eine Abschlagszahlung leistet. Wer das erwartet, bedenkt nicht, daß Voraussetzungen, von denen künftige Zahlungen abhängig würden, in Wahrheit garnicht vorstellbar sind. Noch vor wenigen Tagen hat ein amerikanischer Politiker es klar ausgesprochen:

Es ist unmöglich, die Schuld in Gold zu bezahlen, solange 70 Prozent des Weltgoldvorrats im Besitz Frankreichs und der Vereinigten Staaten sind.

Ich stehe nicht an, einzugeben, daß Deutschland selbst eine Regelung des Devisenverkehrs eingeföhrt hat. Das ist aber nicht zu der Regelung der Handelsbeziehungen gesehen, sondern auf Drängen unserer Gläubiger. Wenn diese Devisenwertföhung auf dem einen oder anderen Warenmarkt eine Einschränkung der Einföhrt zur Folge gehabt hat, so war das doch eine dringende Notwendigkeit. Wir haben versucht, diese Maßregel so schonend wie möglich zu gestalten, ohne irgend ein Land dabei zu benachteiligen oder zu bevorzugen.

Auf der anderen Seite ist die deutsche Regierung aber ebenso entschlossen, die deutsche Währung unter allen Umständen zu halten.

Im wohlverstandenen eigenen Interesse sollten die fremden Länder sich mit uns solidarisch fühlen, wenn wir alles versuchen, um die deutsche Währung aufrecht zu erhalten. Nur gemeinsame Anstrengungen der durch Wirtschaftsmenschen verbundenen Staaten können die Voraussetzung für die Wiederherstellung normaler Zustände schaffen. Deutschland ist bereit, sobald die hier von mir erwähnten Voraussetzungen vorliegen, jeden Abbaue aller Handelsbemühungen einzuleiten und sich darüber hinaus